

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Liebe Leserinnen und Leser,

Meine Sitzungswoche hatte wieder einmal eine Vielzahl von Themen, mit denen ich mich befasst habe. Auf einige wichtige Themen möchte ich im Weiteren eingehen.

Wir haben als SPD-Bundestagsfraktion zusammen mit unseren Ministerinnen und Ministern schon viel erreicht: Mindestlohn, Mietpreisbremse, mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur, umfangreiche Entlastung der Kommunen und die Frauenquote.



Und es bleibt noch einiges zu tun. Aber für uns als SPD-Bundestagsfraktion beschränkt sich gutes Regieren nicht nur auf das Abarbeiten eines Koalitionsvertrages. Sondern wir wollen darüber hinaus Antworten auf die zentralen Herausforderungen unserer Zeit formulieren und, wenn möglich, selbige noch in dieser Legislaturperiode umsetzen.

Dazu bringen wir in dieser Woche unser „Projekt Zukunft – „#NeueGerechtigkeit“ auf den Weg.

#Neue Gerechtigkeit – Projekt für eine gute Zukunft Deutschlands

Die Art und Weise zu leben und zu arbeiten verändert sich tiefgreifend durch eine ganze Reihe gesellschaftlicher Entwicklungen, wie die Digitalisierung, Globalisierung und den demographischen Wandel. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen diesen Wandel gestalten. Das ist unser Anspruch, gerade auch als Regierungspartei. Deutschland hat seine Zukunft selbst in der Hand. Kaum ein anderes Land hat dafür so gute Voraussetzungen – nicht zuletzt aufgrund von tiefgreifenden Reformen, die die SPD in der Vergangenheit umgesetzt hat.

Um für die Zukunft gewappnet zu sein, müssen wir wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit verbinden. Das ist und bleibt Ziel sozialdemokratischer Politik. Denn nur eine gerechte Gesellschaft ist stark, und nur eine starke Gemeinschaft kann die Chancen des Fortschritts für sich nutzen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird in den nächsten Monaten einen intensiven Dialog führen. Mit denjenigen, die sich für unsere Gesellschaft engagieren und auf ihrem Feld eine besondere Expertise haben.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Neue Zeiten erfordern neue Ideen. Im Rahmen von sechs Projektgruppen wollen wir deshalb neue Wege erarbeiten,

- damit die Arbeitswelt zu modernen Lebensmodellen passt und Menschen und Unternehmen von der neuen Flexibilität profitieren (#NeueZeiten);
- damit Bildung und Arbeit eine höhere Wertschätzung erfahren und alle in unserer Gesellschaft ihre Talente und Leistung einbringen können (#NeueChancen);
- damit unsere Wirtschaft mit neuen Innovationen stark bleibt (#NeueErfolge);
- damit Deutschland ein attraktives und offenes Land bleibt, in dem wir miteinander und nicht nebeneinander zusammenleben (#NeuesMiteinander);
- damit wir gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Land sichern und für einen solidarischen Ausgleich der Regionen sorgen (#NeuerZusammenhalt);
- damit wir auch morgen in einer intakten Umwelt leben, über eine sichere Gesundheitsversorgung und gesunde Lebensmittel verfügen und der Zugang dazu nicht vom Wohnort oder dem Geldbeutel abhängt. (#NeueLebensqualität).

Die Ergebnisse der Projektgruppen werden unmittelbar in die parlamentarische Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion einfließen. Mit unserem Koalitionspartner werden wir darüber reden, was noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden kann. Die SPD-Bundestagsfraktion bleibt auf der Höhe der Zeit. Für ein modernes, erfolgreiches Deutschland und für ein gutes Leben aller Menschen in unserem Land.

Öffentliches Gespräch zum Baukulturbericht 2014/15



Im zuständigen Ausschuss hat das öffentliche Fachgespräch zum Baukulturbericht 2014/15 der Bundesstiftung Baukultur und Stellungnahme der Bundesregierung diese Woche stattgefunden.

Als Berichterstatter freue ich mich zum einen über die positive Resonanz zum Bericht und zum anderen über das Gespräch mit Herrn Reiner Nagel, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Fachkonferenz – Gutes Leben in der Sozialen Stadt



Unter diesem Motto fand eine Fachkonferenz mit meinen Kollegen Michael Groß, Klaus Mindrup sowie Herrn Prof. Martin zur Nedden (Deutsches Institut für Urbanistik) und unserer Bundesministerin Barbara Hendricks, BMUB statt.

In den Städten und Gemeinden entscheiden sich gesellschaftliche Zukunftsfragen, die das tägliche Leben unmittelbar beeinflussen. Die Städtebauförderung ist eine wichtige Grundlage für die zukunftsfähige Gestaltung von Städten und Gemeinden.



Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Städtebauförderung 2014 von 455 auf 700 Millionen Euro erhöht. Die Soziale Stadt wird mit 150 Millionen Euro zum Leitprogramm. Doch ein Programm kann nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn man mit den Menschen und Institutionen, die sich vor Ort befinden und mit diesem Programm zu tun haben, ins Gespräch kommt.

Medienkompetenz fördern, Digitale Bildung verbessern

Die Förderung der Medienkompetenz ist für uns der Schlüssel zur Teilhabe an der digitalen Welt. Der Umgang und die Nutzung digitaler Angebote und Medien haben bereits nahezu alle Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche erfasst. Laut zahlreicher Studien gibt es in Deutschland jedoch noch erheblichen Nachholbedarf bei der Förderung und Ausgestaltung digitaler Bildungsangebote.

Im Koalitionsvertrag haben wir unter anderem verabredet, dass Bund und Länder eine gemeinsame Strategie „Digitales Lernen“ auf den Weg bringen sollen. Die hierzu laufende Abstimmungsprozessen wollen wir mit unserem Antrag konstruktiv begleiten und liefern hierzu eine Reihe von inhaltlichen Vorschlägen. So soll etwa über einen „Pakt für Digitale Bildung“ die

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Finanzierung von digitalen Endgeräten für Bildungszwecke erleichtert werden.

Die Nutzung von Open Educational Resources (kurz: OER) soll ausgeweitet und außerschulische Initiativen wie „Ein Netz für Kinder“ sowie die „Nationale Initiative Printmedien“ unterstützt und weiterentwickelt werden.

Ausbildungsmission in Somalia fortsetzen

Die Mission EUTM Somalia wurde am 15. Februar 2010 auf Grundlage der Resolution 1872 (2009) des Sicherheitsrates der VN und des Ersuchens der somalischen Regierung eingerichtet.

Mit dem vorliegenden Antrag soll die Beteiligung deutscher Streitkräfte an der EU-geführte Ausbildungs-



und Beratungsmission EUTM Somalia bis zum 31. März 2016 verlängert werden. Vorgesehen ist, unverändert bis zu 20 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung einzusetzen. Die EU hat im November 2011 ihren Strategischen Rahmen für das Horn von Afrika beschlossen. Die EU arbeitet eng mit internationalen Partnern zusammen: u.a. mit der

somalischen Regierung, den Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union, der East African Community (EAC) und der Intergovernmental Authority on Development (IGAD).

Gemeinsames Ziel ist es, in Somalia tragfähige staatliche Strukturen aufzubauen und das Land beim Demokratieaufbau, bei der Befriedung sowie Bewältigung der Folgen des langjährigen Bürgerkriegs zu unterstützen. Die Ausbildungsmission EUTM Somalia leistet in diesem Gesamtkontext einen Beitrag. Die Ausbildung der somalischen Streitkräfte sowie der Aufbau funktionsfähiger somalischer Sicherheitsstrukturen durch deren Beratung tragen zur Stabilisierung der weiterhin fragilen Lage in Somalia bei.

LKW-Maut auf vierspurige Bundesstraßen ausdehnen

Wir beraten in dieser Woche abschließend eine Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes zur Ausdehnung der LKW-Maut auf vierspurige Bundesstraßen. Mit dieser Änderung sollen die Einnahmeausfälle in der LKW-Maut kompensiert werden, die durch das neue Wegekostengutachten zum 1. Januar 2015 entstanden sind. Dazu soll zum 1. Juli 2015 die Mautpflicht auf weitere ca. 1.100 km vierspurige Bundesstraßen ausgedehnt werden. Außerdem sollen weitere

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Fahrzeugklassen maut-pflichtig werden, wozu zum 1. Oktober 2015 die Mautpflichtgrenze von 12 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht auf 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht abgesenkt wird. Unser Ziel bleibt es darüber hinaus, ab 2018 die LKW-Maut wie im Koalitionsvertrag vereinbart auf alle Bundesstraßen auszudehnen.

Östliche Partnerschaften der EU intensivieren

Die Intensivierung der Beziehungen zu den östlichen Partnern bleibt eine der zentralen außenpolitischen Herausforderungen der Europäischen Union. Die geplanten Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau sind ein entscheidender Schritt zum Ausbau der gegenseitigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen.



Die Abkommen sollen die zivil- und rechtstaatliche Entwicklung in der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau unterstützen

sowie Stabilität und Wohlstand in der Region stärken.

Die Östliche Partnerschaft ist ein fortwährendes Kooperationsangebot der EU und kein Zwischenschritt auf dem Weg zu einer EU-Mitgliedschaft. Insbesondere für die Ukraine gilt: Das Land braucht wieder gute Beziehungen auch zu seinen Nachbarn im Osten. Bei der Frage gutnachbarschaftlicher Beziehungen geht es eben nicht um eine Entweder-oder-Entscheidung zwischen Russland und der EU.

Substanzieller Bestandteil der Assoziierungsabkommen ist die Einrichtung einer Freihandelszone. In Georgien und der Republik Moldau wird dieser Teil des Abkommens bereits vorläufig angewandt. Das Inkrafttreten der neuen Handelsbestimmungen mit der Ukraine wurde auf Ende 2015 verschoben. Damit wurde dem Wunsch Russlands entsprochen, die Auswirkungen auf den Handel mit Russland ausgiebig zu prüfen. Zum endgültigen und vollständigen Inkrafttreten des Abkommens bedarf es der Ratifikation sämtlicher EU-Mitgliedstaaten. In Deutschland ist hierfür die Zustimmung des Bundestages erforderlich.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Deutsches Institut für Menschenrechte

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung hat zum Ziel, eine gesetzliche Grundlage für das im Jahr 2000 gegründete Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) auf Basis der Pariser Prinzipien zu schaffen. Damit soll der sogenannte A-Status des Instituts gesichert werden. Dieser ist notwendig, um weiterhin über Mitwirkungsrechte in UN-Gremien zu verfügen. Entscheidend ist: Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Unabhängigkeit und Weisungsungebundenheit des Instituts auch künftig gesichert sein.

Dafür hat die SPD-Bundestagsfraktion trotz erheblicher Widerstände seitens der Union gesorgt. Die Rechtsform des Instituts als eingetragener Verein soll erhalten bleiben und der Aufgabenschwerpunkt weiterhin bei der Menschenrechtsslage im Inland liegen. Als zusätzliche Aufgaben wird künftig die Analyse menschenrechtlicher Folgen totalitärer Diktaturen aufgenommen. Zudem wird das Institut jährlich einen Bericht über die Menschenrechtsslage in Deutschland erstellen, zu dem der Bundestag Stellung nehmen soll. Dabei soll die Finanzierung des Instituts künftig aus dem Haushalt des Bundestages erfolgen und nicht wie

bisher aus den Haushalten dreier verschiedener Ressorts.

Abstimmung zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen

Heute habe ich im Bundestag gegen die PKW-Maut gestimmt!



In meiner Region gibt es viel Grenzverkehr, von dem die Menschen auf beiden Seiten der Grenze profitieren. Durch die Maut befürchte ich einen deutlichen Rückgang des grenzüberschreitenden Verkehrs, mit negativen Folgen für Handel und Tourismus. Außerdem wird der Ausweichverkehr weg von den Autobahnen auf die normalen Straßen deutlich zunehmen. Das wird in vielen Ortschaften zu großen Belastungen führen.

Ich habe außerdem große Zweifel, dass durch die Maut ein substantieller Beitrag für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur erwirtschaftet wird.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Viele Gutachten und Experten erwarten deutlich geringere Einnahmen, als die von Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) immer wieder prognostizierten Summen. Überdies kann es auch noch passieren, dass der Europäische Gerichtshof das Gesetz als diskriminierend für Ausländer einstuft. Dann muss entweder das Gesetz aufgehoben werden oder deutsche Autofahrer müssen genauso viel bezahlen wie die ausländischen Autofahrer, um die Diskriminierung zu beenden. Letzteres halte ich für wahrscheinlich.

Wenn der Europäische Gerichtshof die Benachteiligung der ausländischen Autofahrer verbieten sollte und alle deutschen Autofahrer zur Kasse gebeten werden, wird das insbesondere in unserer ländlich geprägten Region viele Leute schmerzhaft treffen, die auf ihr Auto angewiesen sind, um zur Arbeit zu gelangen. Aus diesem und den anderen genannten Gründen habe ich gegen die Maut gestimmt.

In der letzten Sitzungswoche hier im politischen Berlin standen nochmals wichtige und teilweise auch kontroverse Themen auf meiner Tagesordnung – Fragen um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, einer funktionierenden guten Infrastruktur und nicht zuletzt um Frieden in Europa und darüber hinaus. Für mich ist in solchen Prozessen immer klar, die Sachlage genau prüfen, Fachleute anhören und auf Grundlage von besten Wissen entscheiden. Meiner Richtschnur bleibe ich dabei treu, nah am Menschen, für die Menschen entscheiden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein schönes Wochenende und alles Gute aus Berlin.

Ihr

